

Speyer in der Besatzungszeit



Militärparaden in der Speyerer Maximilianstraße, unten anlässlich des französischen Nationalfeiertags am 14. Juli 1919[Bild: Zeitgenössische Postkarten, Privatarchiv Christian Führer]

Das Jahr 1918 stellt gleich in mehrfacher Hinsicht eine Zäsur in der deutschen Geschichte dar, die von großer Bedeutung für die Entstehung und Entwicklung der frühen nationalsozialistischen Bewegung und der aus ihr 1920 hervorgegangenen NSDAP (Umbenennung der bisherigen DAP) sein sollte.

Nachdem im Sommer 1918 immer deutlicher wurde, dass der mittlerweile vierjährige Abnutzungskrieg gegen die Westmächte (im Wesentlichen Frankreich und Großbritannien; seit 1917 verstärkt durch die USA) nicht mehr zu gewinnen war, richtete die deutsche Seite Anfang Oktober 1918 ein Waffenstillstandsgesuch an die Westmächte, das einer militärischen Kapitulation Deutschlands gleichkam. Die wesentliche Grundlage des Waffenstillstandsgesuchs bildete das „Vierzehn Punkte“-Programm von US-Präsident Woodrow Wilson vom 8. Januar 1918, das einige – jedoch beileibe nicht alle – Regelungen des späteren Rheinlandabkommens bzw. Versailler Vertrags vorwegnahm und insbesondere das Selbstbestimmungsrecht der Völker betonte.

Als Konsequenz des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 räumten deutsche Truppen ihre Stellungen in Belgien und Frankreich und zogen sich nach Osten über den Rhein zurück. Ihnen folgten wenige Tage später amerikanische, belgische, britische, französische und italienische Truppen, die allmählich das linksrheinische Gebiet und einige rechtsrheinische Brückenköpfe besetzten. Die Pfalz fiel dabei unter die Kontrolle französischer Truppen der VIII^o Armée von Général d'Armée Augustin Gérard, der sein Hauptquartier in Landau aufschlug und von dort zwei Korpshauptquartiere in Neustadt

an der Haardt und Zweibrücken befehligte. Das Oberkommando der französischen Truppen in den besetzten Gebieten unter dem Befehl von Général d'Armée Marie Émile Fayolle befand sich zu Beginn der Besatzungszeit ebenfalls in der Pfalz (Kaiserslautern), später in Mainz. Da die Besatzungstruppen in einen Feindstaat einrückten, mit dem zu dieser Zeit noch kein Friedensvertrag bestand, umfasste das französische Kontingent anfänglich 120.000 meist fronterfahrene Soldaten, bis Juli 1919 sollte ihre Zahl auf 200.000 anschwellen.[Anm. 1]



Französische Grußkarte aus Speyer, wie sie während der 1920er Jahre in allen wichtigen französischen Stationierungsorten in der Pfalz für die Besatzungssoldaten produziert wurden[Bild: Sammlung des Historischen Vereins der Pfalz im Historischen Museum der Pfalz, HV_2019_082]

Am 5. Dezember 1918 erreichten die ersten Besatzungstruppen Speyer, zunächst gut 2.600 Soldaten des 51° Régiment d'Infanterie, eines Pionierbataillons, des Stabes der 3° Division d'Infanterie, der die Landesversicherungsanstalt in Beschlag nahm, sowie eines zur Division gehörenden Brigadestabes, der die Villa Eversbusch bezog.[Anm. 2] Die Zahl der Soldaten sollte bis Ende Dezember auf rund 3.500 ansteigen, Mitte 1919 befanden sich kurzzeitig gar 4.400 französische Soldaten in der Domstadt mit ihren seinerzeit 23.000 Einwohnern,[Anm. 3] deren bayerische Friedensgarnison vor dem Ersten Weltkrieg kaum 700 Pioniere gezählt hatte. Hinzu kamen schon zu Beginn zivile Mitarbeiter der Besatzungstruppen sowie Familienangehörige von Offizieren, Unteroffizieren und zivilen Mitarbeitern. Die Gesamtzahl der französischen Soldaten in Speyer sollte während der frühen Besatzungsjahre immer wieder gewissen Schwankungen unterworfen sein,[Anm. 4] erst ab 1926 pendelte sich der Wert bei etwa 1.200 ein, die im Wesentlichen zu Infanterie- und Pioniereinheiten gehörten; hinzu kamen ein Militärlazarett in der Zeppelinerschule, Einheiten der Gendarmerie und andere kleinere Kontingente. Für großes Aufsehen sorgte dabei das zwischen 1919 und 1921 auf die Domstadt und das nahe Ludwigshafen verteilte 1° Régiment de Chasseurs Malgaches, das sich überwiegend aus Kolonialsoldaten aus dem fernen Madagaskar zusammensetzte. Wie anderswo in der Besatzungszone schlug gerade diesen Soldaten immer wieder offene Ablehnung entgegen, die ihren Niederschlag in zahllosen verunglimpfenden Veröffentlichungen zur so genannten „Schwarzen Schmach“ und rassistisch

motivierten Aussagen prominenter Politiker fand, zu denen auch Reichspräsident Friedrich Ebert (SPD) gehörte.[Anm. 5]



Général Adalbert de Metz,
links mit seiner Frau
Marguerite, während der
1920er Jahre[Bild:
Privatarchiv Jacques de
Metz]

Für die eigentliche Besatzungsarbeit vor Ort in Speyer wurde mit Colonel Adalbert de Metz schon Ende 1918 ein Chargé du Contrôle des Administrations Civiles du Palatinat (Verwaltungskontrolleur für die Pfalz) ernannt, dessen Aufgaben denen eines Militärgouverneurs entsprachen.[Anm. 6] Der aus lothringischem Landadel stammende de Metz unterstand zunächst der VIII^e Armée in Landau, nach deren Auflösung im Herbst 1919 dann der Armée Française du Rhin mit Stab in Mainz. De Metz, der seine Frau Marguerite und vier seiner Kinder mit nach Speyer brachte (ein Sohn lebte nicht mehr im Elternhaus, ein weiterer war kurz vor Kriegsende bei Compiègne gefallen), sollte seinen Dienst bis Ende 1924 in der Domstadt versehen und dabei zur wichtigsten Figur der französischen Militäradministration in der Pfalz werden, weshalb ihm schon bald der Ruf eines „Königs der Pfalz“ vorauseilte.



Passierschein, den die
junge Helene Ofer im April
1919 ausfüllen musste, um
in einer
Familienangelegenheit von
Speyer nach Ludwigshafen
reisen zu können[Bild:
Privatarchiv Christian
Führer]

Die ersten Maßnahmen der französischen Besatzer im Dezember 1918 stellten durchaus schwerwiegende Eingriffe in die persönliche Bewegungsfreiheit der Bevölkerung dar, auch das Wirtschaftsleben einer de facto zur Grenzstadt mutierten Kommune wie Speyer wurde massiv

eingeschränkt. So wurde der Eisenbahnverkehr ins rechtsrheinische Gebiet eingestellt, kurze Zeit später folgten der Fernmelde-, Personen-, Post- und Warenverkehr. Ab Januar 1919 mussten Kommunen sämtliche Beschlüsse oder etwa Polizeiverordnungen den Besatzungsbehörden zur Genehmigung vorlegen, ebenso mussten regelmäßige Berichte unter anderem zur Arbeitslosigkeit und Lebensmittelversorgung erstellt und eingereicht werden.[Anm. 7] Hinzu kamen teilweise als schikanös empfundene Verordnungen der Besatzungsmacht, wonach beispielsweise deutsche Uniformträger französische Offiziere zu grüßen hatten und die Medienlandschaft einer strengen Zensur unterworfen wurde. Im Frühjahr 1919 mussten sämtliche Straßennamen an Speyerer Gebäuden durch französische Übersetzungen ergänzt werden, was die Anwesenheit fremder Besatzungstruppen für jedermann sichtbar im Straßenbild verankerte.[Anm. 8] Zusätzlich führte die Besatzungsmacht im Oktober 1919 die in Frankreich übliche westeuropäische Zeit in den besetzten Gebieten ein, was neben wirtschaftlichen Problemen (Güter- und Personenverkehr mit dem unbesetzten Teil Deutschlands) auch psychologische Folgen mit sich brachte (symbolische „Abkopplung“ vom Deutschen Reich).



Noch heute sichtbarer
französischer
Straßenname in
Speyer[Bild: Christian
Führer]

Parallel kam es zu umfangreichen Beschlagnahmungen von Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen, um die Angehörigen der Besatzungsmacht unterzubringen, was naturgemäß großen Unmut der betroffenen Wohnbevölkerung nach sich zog. Im April 1921 nutzten die Franzosen zur Unterbringung großer Truppenteile etwa die ehemalige Orff-Kaserne (nun umbenannt in „Caserne Gallieni“) und die Schwartzsche Brauerei. Weitere militärische Einrichtungen befanden sich im Veltenschen Samenlagerhaus an der Wormser Straße (Gendarmerie und Gefängnis), auf dem Flugplatz im Süden der Stadt, in der Zeppelinschule (Lazarett), auf einem Pontonübungsplatz am Rhein und einem Pionierlandübungsplatz an der Schwegenheimer Straße, im Gebäude der Landesversicherungsanstalt in der Maximilianstraße sowie auf bzw. in zahlreichen weiteren öffentlichen Grundstücken bzw. Gebäuden.[Anm. 9] Für Wohnzwecke wurden zu diesem Zeitpunkt 158 Wohnquartiere mit zusammen 434 Zimmern von den Franzosen genutzt, speziell für höhere Offiziere griff man auch auf repräsentative Gebäude wie die Anwesen Dieffenbacher, Eversbusch, Jung und Kirrmeier zurück.[Anm. 10]

Mit dem am 10. Januar 1920 in Kraft getretenen Versailler Vertrag erhielt die Besatzung eine neue rechtliche Grundlage, die das Verhältnis vor Ort in der Pfalz zusätzlich belastete; insbesondere

empfanden viele Menschen den Friedensvertrag als tiefe nationale Erniedrigung, geradezu als „Schanddiktat“. Neben umfangreichen Gebietsabtretungen (unter anderem Elsass-Lothringen, Eupen-Malmédy, Posen und Westpreußen etc.; alles in allem ein Verlust von über 13% des Territoriums) und nicht weniger schmerzlich und ungerecht empfundenen Reparationszahlungen (auf der Konferenz von Boulogne im Juni 1920 zunächst auf 269 Mrd. Goldmark beziffert) musste Deutschland sämtliche Kolonien abgeben und sein Militär auf 100.000 Heeres- und 15.000 Marinesoldaten ohne wesentliche Waffensysteme (Panzer, große Kriegsschiffe und Unterseeboote, Flugzeuge) verkleinern. Hinzu kamen alliierte Brückenköpfe auf dem rechtsrheinischen Ufer (unter anderem Kehl und Wiesbaden), wo darüber hinaus ein 50 km breiter Streifen vollständig zu entmilitarisieren war. Die Besetzung linksrheinischer Gebiete sollte nach den vertraglichen Regelungen in mehreren Phasen nach fünf, zehn bzw. fünfzehn Jahren enden und damit alles in allem bis 1935 andauern.[Anm. 11]

Mit dem Inkrafttreten des Versailler Vertrags erfuhr die Militäradministration in den besetzten Gebieten eine grundlegende Strukturreform. Der in Koblenz installierten Haute Commission Interalliée des Territoires Rhénans (HCITR; Hohe Interalliierte Rheinlandkommission) unter Führung des Zivilisten Paul Tirard unterstanden nun einige Oberdelegierte auf Provinz- bzw. Regierungsbezirksebene, denen wiederum Kreisdelegierte unterstellt waren.[Anm. 12] Die Délégation du Cercle de Spire für den Kreis Speyer befehligte Commandant Fenoul, der schon bald zum Général de Brigade beförderte Adalbert de Metz wurde zum Délégué Supérieur pour le Palatinat ernannt.

Viele ranghohe militärische und zivile Vertreter der französischen Besatzungsmacht betrachteten die folgenden Jahre als Gelegenheit, Frankreich für künftige militärische Konflikte mit seinem östlichen Nachbarn eine gute Ausgangsposition zu verschaffen. Général d'Armée Augustin Gérard sympathisierte aus diesem Grund schon früh mit der „Freie Pfalz“-Bewegung des Landauer Lebensmittelchemikers Dr. Eberhard Haas, mit dessen Hilfe er die Pfalz aus dem Deutschen Reich herauszulösen hoffte, zusammen mit anderen linksrheinischen Kleinstaaten mit enger politischer und wirtschaftlicher Bindung an Frankreich.



Französische Besatzungssoldaten unweit der Speyerer Rheinbrücke, die durch die Besetzung der Pfalz zeitweilig fast zu einer Staatsgrenze wurde[Bild: Sammlung des Historischen Vereins der Pfalz im Historischen

Museum der Pfalz,
HV_2019_084]

Zwei Versuche der „Freie Pfalz“-Bewegung am 17./18. Mai bzw. am 1. Juni 1919, eine unabhängige Pfalz in Speyer auszurufen, scheiterten am Widerstand des Regierungspräsidiums, der politischen Eliten vor Ort und aufgebrachter Bürger. Speziell am 1. Juni trafen die Separatisten auf ihrem Weg in das Speyerer Regierungsgebäude auf rund 5.000 Demonstranten, die nur von französischen Soldaten mit aufgepflanzten Seitengewehren von physischen Angriffen auf die Unabhängigkeitsbefürworter abgehalten werden konnten.[Anm. 13] Das damit besiegelte Scheitern der „Freie Pfalz“-Bewegung und die Abberufung Gérards im Herbst 1919 stärkte vor allem diejenigen Kräfte innerhalb der Militäradministration (sowohl bei der HCITR als auch vor Ort in den Kommunen), die den staatlichen Zusammenhalt Deutschlands respektierten, an einer nachhaltigen Schwächung des weiterhin gefürchteten östlichen Nachbarn aber nichtsdestotrotz großes Interesse hatten.

Paul Tirard von der HCITR sah speziell im preußischen Übergewicht innerhalb Deutschlands und nicht zuletzt auch im klassischen preußischen Militarismus das Hauptproblem der deutsch-französischen Beziehungen, weshalb er in erster Linie bestrebt war, den deutschen Föderalismus nachhaltig zu stärken. Die französische Besatzungspolitik musste folglich darauf bedacht sein, die linksrheinische Bevölkerung der preußischen Hegemonie zu entziehen und aus den besetzten Gebieten mittelfristig „eine friedliche Mark“ zu machen, die gewissermaßen als Puffer zwischen Preußen und Frankreich fungieren würde, ohne notwendigerweise aus dem Deutschen Reich herausgelöst zu werden.[Anm. 14]

Der in Speyer amtierende Général de Brigade de Metz favorisierte ebenfalls eine nachhaltige Föderalisierung Deutschlands, war sich aber bewusst, dass eine Einmischung in innerdeutsche Angelegenheiten eine Verletzung des Friedensvertrags von Versailles darstellen würde, weshalb er bisweilen recht zurückhaltend agierte. Seine Hoffnung setzte er dabei insbesondere auf zwei innenpolitische Kräfte in den besetzten Gebieten: den Katholizismus als Gegengewicht zum preußischen Protestantismus mit gewisser Bindung an das mehrheitlich katholische Frankreich sowie die Linksparteien, für die er zwar kaum weltanschauliche Sympathien gehegt haben dürfte, von deren Bedeutung für eine Befriedigung der deutschen Außenpolitik und eine langfristige Verbesserung des deutsch-französischen Verhältnisses er aber überzeugt war.[Anm. 15]



Besatzungssoldaten aus
Madagaskar („Malgaches“)
bei einer Feier, wohl
Weihnachten 1919 oder

1920. Viele der Soldaten
von der fernen Insel
wurden während
Besatzungsjahre im
Speyerer *Dom* getauft. Man
beachte die nachträglich
angebrachte rassistische
Bildunterschrift[Bild:
Arthur Barth; Archiv des
Historischen Museums der
Pfalz]

Zur Erreichung ihrer Ziele setzte die französische Besatzungsmacht bei allen Unterschieden im Detail gegenüber der pfälzischen Bevölkerung auf eine Strategie der „Pénétration Pacifique“ (friedliche Durchdringung), die die grundsätzlich recht strenge Besatzungspolitik durch eine Reihe durchaus freundlicher und entgegenkommender Maßnahmen ergänzte. Viele dieser Maßnahmen zielten darauf ab, historische Gemeinsamkeiten zwischen Pfälzern und Franzosen hervorzuheben und die kulturellen Bindungen der pfälzischen Bevölkerung an Frankreich zu vertiefen. So führte die Besatzungsmacht schon früh kostenlose französische Sprachkurse ein, bot Vorträge zu historisch-gesellschaftlichen Themen an, richtete französische Bibliotheken und Buchhandlungen ein und lud die Bevölkerung zu diversen kulturellen Veranstaltungen ein – mit zumeist geringer Resonanz.[Anm. 16]

In Speyer fanden bereits 1919 regelmäßig Platzkonzerte der hier stationierten Truppenteile statt, zu denen die Bevölkerung eingeladen wurde; wer die Konzerten besuchte, erhielt jedoch nicht selten anonyme Drohbriefe, in denen man aufgefordert wurde, sein „Kunstinteresse für fremdländische Musik auf spätere Zeiten [aufzuschieben]“, um sich selbst „Unannehmlichkeiten zu ersparen“.[Anm. 17] Auch die Stadtführung unter (Ober-)Bürgermeister Karl Leiling blieb solchen Konzerten trotz offizieller Einladungen demonstrativ fern. In einem Schreiben an die Besatzungsmacht unterstellte Leiling beispielsweise einer im Mai 1922 stattfindenden französischen Konzertveranstaltung „Propaganda-Absichten, wie sie unverhohlen in zahlreichen Erklärungen in der französischen Kammer sowie in französischen Zeitungen zu Tage treten“.[Anm. 18] Als der französische Sprachwissenschaftler Adolphe Zünd-Burguet in den besetzten Gebieten während des Jahres 1920 einige Vorträge zu kulturhistorischen Fragen hielt (unter anderem „Über Ursprung und Charakter des französischen Volkes“ am 15. Januar 1920 in Speyer), reagierte die Lokalpresse darauf mit überaus zynischen Kommentaren.[Anm. 19] Selbst Geld- und Sachspenden sowie Hilfsaktionen französischer Stellen – etwa nach der Explosionskatastrophe bei der Ludwigshafener BASF am 21. September 1921 – wurden in der Presse entweder verschwiegen oder in ein ausgesprochen negatives Licht gerückt.[Anm. 20]

Alles in allem blieb die „Pénétration Pacifique“ weit hinter den Erwartungen zurück, blieben die Franzosen selbst bei ausdrücklich deutsch-französischen Veranstaltungen in der Regel unter sich. Letztlich scheiterte die französische Strategie nicht nur an der generellen Ablehnung der deutschen Seite, sondern auch an der Widersprüchlichkeit der französischen Pfalzpolitik, am Nebeneinander eines harten Besatzungsregimes einerseits und einer zaghaft-freundlichen Annäherung an die Bevölkerung

andererseits. Die in der Presse detailreich geschilderten Übergriffe durch Besatzungssoldaten, die umfangreichen Beschlagnahmungen von Wohnraum und die zahlreichen persönlichen Einschränkungen, die die Besatzungszeit für die Bevölkerung mit sich brachte, trugen ein Übriges dazu bei, jeder deutsch-französischen Annäherung den Boden zu entziehen. Hinzu kamen auf gesamtdeutscher Ebene die als ungerecht empfundenen Reparationszahlungen, zwischenzeitliche Ruhrbesetzungen und nicht zuletzt natürlich die Besetzung des linksrheinischen Territoriums als solche. Deutsche und Franzosen blieben einander daher in Speyer wie überall in der Pfalz letztlich fremd und begegneten einander nicht selten mit offener Feindschaft.

Verstärkt wurde die Ablehnung der Franzosen durch die Rolle der Besatzungsmacht im Umfeld der Separatismusbewegung der Jahre 1923/1924. Eine offene Unterstützung separatistischer Bestrebungen lehnten Tirard und de Metz zwar ab, konnten die grundsätzlich pro-französisch agierende Separatismusbewegung von Heinz Orbis (eigentlich „Franz Heinz“ aus Orbis im Donnersbergkreis) nach deren Machtergreifung am 12. November 1923 aber freilich auch nicht im Stich lassen, weshalb sie gleich mehrmals französische Soldaten zum Schutz separatistischer Versammlungen aufmarschieren ließen.



Französische
Besatzungssoldaten in Speyer
während der 1920er
Jahre[Bild: Jung; Archiv des
Historischen Museums der
Pfalz]

Obwohl keine verlässlichen empirischen Erhebungen zum politischen Meinungsbild in der pfälzischen Wohnbevölkerung während dieser tumultartigen Monate vorliegen, ist davon auszugehen, dass die Putschisten um Orbis zu keiner Zeit nennenswerten öffentlichen Rückhalt genossen, ihre Macht mithin im Wesentlichen auf der Anwesenheit französischer Truppen beruhte. Daran konnten auch die Hyperinflation des Jahres 1923 und die chaotischen politischen Verhältnisse im Deutschen Reich nichts ändern. Ihre Abhängigkeit von der französischen Besatzungsmacht machte die Separatisten vielmehr zu

Zielscheiben nationalistisch gesinnter Kreise, die den Widerstand vom rechtsrheinischen Ufer aus koordinierten.

Es verwundert daher nicht, dass die Ermordung von Heinz Orbis in Speyer am 9. Januar 1924 – angezettelt vom Bayerischen Staatskommissariat für die Pfalz – in weiten Teilen von der NSDAP nahestehenden Kräften durchgeführt wurde (die Partei selbst war zwischen November 1923 und Februar 1925 verboten). Viele der am Anschlag auf Orbis Beteiligten hatten in der „Brigade Ehrhardt“ gedient, einer paramilitärischen Kampfgruppe im Umfeld der seit 1918 bestehenden Freikorps, die bereits Hakenkreuzsymbolik verwendete.[Anm. 21] Von den auf Seiten der Attentäter beim Mordanschlag im Wittelsbacher Hof tödlich Verletzten gehörte Franz Hellinger bereits seit dem 1. Mai 1920 der NSDAP an (Mitgliedsnummer 1472) und konnte trotz seiner erst 22 Jahre bereits auf eine lange „Karriere“ in rechtmilitanten Kreisen zurückblicken. Hellinger und dem ebenfalls beim Anschlag ums Leben gekommenen Ferdinand Wiesmann wurde nach dem Abzug der französischen Besatzungsmacht im Juni 1930 große öffentliche Verehrung zuteil, die nach 1933 vom NS-Regime mehr und mehr institutionalisiert und instrumentalisiert wurde.[Anm. 22]

Dem mit der Ermordung Orbis' am 9. Januar 1924 eingeleiteten Ende der separatistischen Bewegung stellte sich die französische Besatzungsmacht nicht entgegen, zu offensichtlich wäre die Einmischung in innerdeutsche Belange gewesen, die die amerikanischen und britischen Verbündeten völkerrechtlich ablehnten. Mit den Worten „Le gouvernement autonome est condamné“[Anm. 23] gab de Metz am 9. Februar 1924 vor Pressevertretern denn auch offen zu erkennen, dass die französische Seite jedwede klammheimliche Hoffnung auf eine Abspaltung linksrheinischer Gebiete von Deutschland nunmehr begraben hatte.

Das angespannte deutsch-französische Verhältnis in der Pfalz während der Jahre 1923/1924 wurde durch zahlreiche Ausweisungen unliebsamer Personen durch die Besatzungsmacht verschärft, die vor allem streikende Eisenbahner betrafen, die sich weigerten, für die französische Regiebahn zu arbeiten (Régie de Chemins de Fer des Territoires Occupés; französische Eisenbahngesellschaft in den besetzten Gebieten). 5.552 Eisenbahner sowie 263 Landesbeamte und 210 Angehörige freier Berufe wurden bis zum 1. November 1923 von der Besatzungsmacht samt aller nahen Familienangehörigen ausgewiesen – insgesamt fast 21.000 Personen, was immerhin 2,5% der pfälzischen Wohnbevölkerung entsprach.[Anm. 24] Bereits am 23. Januar 1923 war der pfälzische Regierungspräsident Friedrich von Chlingensperg auf Berg ausgewiesen worden (wie schon sein Vorgänger Dr. Theodor von Winterstein vier Jahre zuvor), die Ausweisung seines Stellvertreters Dr. Jakob Mathéus erfolgte einen Tag später. Viele der Ausgewiesenen sammelten sich in Heidelberg und Mannheim, wo sich allmählich regelrechte Exilantengemeinden bildeten, die jedwede Unabhängigkeitsbestrebungen in der Pfalz entschieden bekämpften.



Französische Offiziere im Speyerer *Dom*, ganz rechts im Bild der heimliche „König der Pfalz“, Général de Brigade Adalbert de Metz [Bild: Fritz Egem; Archiv des Historischen Museums der Pfalz]

Auch der Speyerer Oberbürgermeister Karl Leiling geriet immer wieder in Konflikte mit der Besatzungsmacht, die ihren Höhepunkt am 8. Mai 1923 fanden, als Leiling von der französischen Gendarmerie verhaftet und am Tag darauf ins französische Militärgefängnis nach Landau gebracht wurde. Hintergrund der Maßnahme war Leilings Weigerung, Speyerer Bahnübergänge – wie von den Besatzungsbehörden ausdrücklich angeordnet – durch städtische Hilfskräfte sichern zu lassen, nachdem die regulären Schrankenwärter in einen Streik getreten waren. Daraufhin war am Bahnübergang in der Mühlturnmstraße ein junger Mann ums Leben gekommen, wofür die Besatzungsmacht Leiling als obersten Vertreter der Stadtverwaltung verantwortlich machte. Ein französisches Militärgericht in Landau verurteilte den Speyerer Oberbürgermeister am 21. Juni 1923 zu einer zweijährigen Haftstrafe und blieb damit unter der von der Militärstaatsanwaltschaft geforderten fünfjährigen Haftstrafe, der für das genannte Vergehen eigentlich vorgesehenen Mindeststrafe. Bereits Ende August 1923 wurde Leiling aus der Haft entlassen, nun aber aus der Pfalz ausgewiesen. Sein Amt als Speyerer Oberbürgermeister konnte er erst im September 1924 wieder antreten. Das eigentlich recht glimpfliche Strafmaß sollte Leiling jedoch nicht daran hindern, in späteren autobiografischen Darstellungen massiv gegen die Besatzungsmacht zu agitieren. [Anm. 25]

Nach den chaotischen Zuständen im Umfeld der Separatismusbemühungen und der belgisch-französischen Ruhrbesetzungen zeichnete sich ab 1924 allmählich eine Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen ab, die im Wesentlichen von den Außenministern Aristide Briand und Gustav Stresemann eingeleitet und getragen wurde. Beide hatten zuvor als Ministerpräsident bzw. Reichskanzler gedient und verfügten in ihren Ländern über die nötige politische Hausmacht, eine Entspannungspolitik auch vertraglich zu festzuschreiben. Höhepunkt der deutsch-französischen Annäherung war das 1925 geschlossene Locarno-Abkommen, in dem Deutschland die Unverletzlichkeit seiner Grenzen mit Belgien und Frankreich garantierte und sich gegenüber Polen und der Tschechoslowakei dazu verpflichtete, von gewaltsamen Grenzveränderungen abzusehen. Nur ein Jahr später trat Deutschland dem Völkerbund in Genf bei, ein für die noch junge Weimarer Demokratie bedeutsamer Schritt auf ihrem Weg zu einer gleichberechtigten Mitgliedschaft in der

Völkergemeinschaft.

Die zaghafte Entspannung zwischen Berlin und Paris machte sich vor Ort in der besetzten Pfalz durchaus bemerkbar, zunächst jedoch nur rein organisatorisch. Général de Brigade de Metz verließ die Pfalz im November 1924, seine Nachfolger Rousseau und Valot blieben nur jeweils einige Monate im Amt und traten wenig in Erscheinung. Zum Jahreswechsel 1925/1926 wurde das Delegiertensystem abgeschafft, zentrale Ansprechpartner der deutschen Kommunalpolitik waren fortan die zuständigen Commandants d'Armes (Standortälteste); im Falle Speyers war dies zunächst Lieutenant-Colonel Sancery vom 171° Régiment d'Infanterie.[Anm. 26] Durch diese organisatorische Veränderung verlor Speyer in der französischen Besetzungshierarchie massiv an Bedeutung; war die Domstadt bis Ende 1925 noch Dienstsitz des Délégué Supérieur pour le Palatinat und damit des ranghöchsten Besatzungsoffiziers in der Pfalz gewesen, unterstand der Commandant d'Armes, dessen Aufgaben eher denen eines Verbindungsoffiziers entsprachen, einem Divisionskommandeur in Landau (nun Hauptquartier der 77° Division d'Infanterie), der wiederum von einem Korpskommandeur in Kaiserslautern (Hauptquartier des 32° Corps d'Armée) befehligt wurde.



Zeitgenössische Postkarte, die ein Platzkonzert marokkanischer Besatzungssoldaten vor dem Infirmerie Hôpital in der Zeppelinerschule zeigt[Bild: Sammlung des Historischen Vereins der Pfalz im Historischen Museum der Pfalz, HV_2019_065]

Da der Commandant d'Armes primär für seine Einheit verantwortlich zeichnete, hielt sich die Besatzungsmacht ab 1926 aus der Speyerer Kommunalpolitik weitgehend heraus, was von der deutschen Medienlandschaft jedoch kaum honoriert wurde. Weiterhin berichtete die Tagespresse im Zusammenhang mit der Besatzung vornehmlich über das Fehlverhalten einzelner Besatzungssoldaten, agitierte die Berichterstattung ohne Unterlass gegen die Besatzungsmacht, konnten auch eine nach 1926 einsetzende allmähliche Reduzierung der Truppenstärke und das Ende der „Pénétration Pacifique“ (erkennbar unter anderem an der Einstellung der französischen Sprachkurse im Februar 1926) das unterkühlte deutsch-französische Nebeneinander in Garnisonsstädten wie Speyer nicht wirklich verbessern. Insbesondere stellte die weiterhin bestehende Nutzung zahlreicher Wohn- und Gewerbeimmobilien durch die Besatzungsmacht eine massive Belastung der deutsch-französischen

Beziehungen vor Ort dar.

Im März 1925 hielt die Besatzungsmacht in Speyer noch 59 komplette Wohnungen mit 307 Zimmern sowie 43 Zimmer in 30 weiteren Wohnungen besetzt; hinzu kamen gewerbliche Flächen und Immobilien wie die Pfalzflugzeugwerke (für Teile des Fuhrparks der Garnison) oder etwa die Schwartzsche Brauerei.[Anm. 27] Die Besetzung von Betrieben und Betriebsflächen hinterließ zusammen mit weiterhin bestehenden Einschränkungen im Güter- und Personenverkehr über den Rhein ihre Spuren auf dem Speyerer Arbeitsmarkt. So kamen im Deutschen Reich am 15. Januar 1925 auf 1.000 Einwohner 28,3 Arbeitslose, in der Pfalz zum gleichen Zeitpunkt 53,4, in Speyer gar 95,6.[Anm. 28] Erst 1928 erreichte die Arbeitslosigkeit in Speyer in etwa das Niveau Gesamtdeutschlands; da nur ein Jahr darauf eine große Weltwirtschaftskrise einsetzen sollte, war der wirtschaftliche Aufschwung der „Goldenen Zwanziger“ (1924-1929) an Speyer damit in weiten Teilen vorbeigegangen.

Derweil blieb das gute Arbeitsverhältnis zwischen den Außenministern Briand und Stresemann nach 1926 erhalten und erlebten die deutsch-französischen Beziehungen insgesamt eine Phase gewisser Entspannung. Wichtigstes Ereignis der deutsch-französischen Entspannungspolitik während der zweiten Hälfte der 1920er Jahre war die Haager Konferenz 1929 (ergänzt durch den Young-Plan zur Neuordnung der Reparationsfrage), als deren zentrales Ergebnis Ende August 1929 der Abzug aller Besatzungstruppen bis zum 30. Juni 1930 verkündet wurde. Die Rückführung der Truppen sollte in mehreren Phasen vonstattengehen und bereits im Herbst 1929 beginnen.[Anm. 29]

In der Tat zog ein Bataillon des in Speyer und Ludwigshafen stationierten 97^e Régiment d'Infanterie bereits am 11. Oktober 1929 aus der Domstadt ab, nur wenige Wochen später folgten rund 200 Pioniersoldaten. Im gleichen Monat verlegte die Besatzungsmacht jedoch eine Kompanie des 97^e Régiment d'Infanterie von Ludwigshafen nach Speyer.[Anm. 30] Die Besatzungsmacht reduzierte damit ihre numerische Stärke zwar merklich, achtete aber im gleichen Atemzug darauf, in den wichtigsten Kommunen bis zum Sommer 1930 eine zumindest symbolische Präsenz aufrechtzuerhalten.



Zeitgenössische Postkarte, die eine französische Musikgruppe im Speyerer Foyer du Soldat zeigt[Bild: Sammlung des Historischen Vereins der Pfalz im Historischen Museum der Pfalz, HV_2019_020_09]

Der im Herbst 1929 eingeleitete Konsolidierungs- und Schrumpfungprozess setzte sich im Frühjahr

1930 fort, nun wurden auch mehr und mehr Immobilien von der Besatzungsmacht aufgegeben. Bereits am 17. Januar 1930 schlossen das Offizierskasino in der Villa Ecarius und das Lazarett, auch die Villa Jung – fast die gesamten 1920er Jahre hindurch Residenz des Délégué Supérieur pour le Palatinat bzw. seiner Nachfolger – wurde nun geräumt. Schon bald verschwanden die französischen Soldaten zunehmend aus dem Speyerer Straßensbild, spielte sich das Leben der Garnison fast ausschließlich innerhalb der Caserne Gallieni ab.[Anm. 31]

Auch der Abzug blieb jedoch nicht frei von Zwischenfällen, die das deutsch-französische Verhältnis in Speyer belasteten. Am 1. März 1930 hielten französische Soldaten im Domgarten eine kleine Übung ab, in deren Verlauf ein Maschinengewehr vom Heidentürmchen aus mit Platzpatronen – weithin hörbar in der Speyerer Altstadt – auf angreifende Infanteristen schoss. Inwieweit diese Übung von höchster Stelle angeordnet worden war, lässt sich freilich nicht mehr ermitteln; in jedem Falle äußerte der Commandant d'Armes auf eine städtische Beschwerde hin sein Bedauern.[Anm. 32]

Die letzten Einheiten verließen Speyer Ende Mai 1930, lediglich kleinere Nachhuten verblieben zu diesem Zeitpunkt noch in der Stadt. Am 11. Juni verabschiedete sich der Kommandeur des 32° Corps d'Armée, Général de Corps d'Armée Joseph Andlauer, vom Regierungspräsidenten der Pfalz in Speyer, gefolgt vom Kommandeur der 77° Division d'Infanterie aus Landau am 26. Juni, der später eine Abschiedsparade der letzten Besatzungstruppen in Landau abnahm, bevor er sich mit seinem Stab per Auto direkt nach Frankreich begab.[Anm. 33] Der Abschied des letzten Kommandeurs der in der Pfalz stationierten Truppen an jenem 26. Juni 1930 fand hinter verschlossenen Türen statt, einen gemeinsamen öffentlichen Auftritt von Regierungspräsident Dr. Theodor Pfülf und französischem Besatzungsoffizier gab es nicht – nahezu ein Symbol für das distanzierte deutsch-französische Verhältnis im Speyer der 1920er Jahre.

Alles in allem stellte die französische Besatzungszeit in Speyer und der gesamten Pfalz eine Periode unterkühlten Nebeneinanders dar, die auch durch zaghafte politische Annäherungsversuche zwischen Berlin und Paris keine positiven Impulse erhielt, in der es weder die große Politik noch die Vertreter beider Seiten in den besetzten Gebieten fertigbrachten, jahrhundertealte Ressentiments nachhaltig zu überwinden. Der noch jungen NSDAP bot die französische Besatzung vielmehr in gleich mehrfacher Hinsicht wertvolle Angriffspunkte, die der Bewegung gelegentlich sogar den Schulterschluss mit demokratischen Kräften ermöglichten und die Partei so ein Stück weit salonfähiger in den Augen auch mancher Demokraten erscheinen ließ. Vor diesem Hintergrund kann der französischen Besatzungszeit in Speyer und der Pfalz eine gewisse Tragik nicht abgesprochen werden.

Verfasser: Christian Führer

Literatur:

- Conze, Eckart: Die große Illusion. Versailles 1919 und die Neuordnung der Welt. München 2018.

- Eger, Wolfgang: Speyerer Straßennamen. Ein Lexikon mit 32 Zeichnungen von Werner Braun. Speyer 1985.
- Gräber, Gerhard und Spindler, Matthias: Die Pfalzbefreier. Volkes Zorn und Staatsgewalt im bewaffneten Kampf gegen den Pfälzischen Separatismus, Ludwigshafen am Rhein 2005.
- Jardin, Pierre: Tirard, de Metz und die Pfalz. In: Die Pfalz unter französischer Besatzung (1918/19-1930). Beiträge zur pfälzischen Geschichte, Band 15, Institut für pfälzische Geschichte und Volkskunde. Hg. von Wilhelm Kreutz und Karl Scherer. Kaiserslautern 1999. S. 145-168.
- Koller, Christian: Von Wilden aller Rassen niedergemetzelt. Stuttgart 2001.
- Leiling, Karl: Aus der Besatzungszeit in Speyer von Ende 1918 bis Mitte 1930. Speyer 1940. Bemerkung: Leilings autobiografische Schilderungen sind stark von seiner antifranzösischen Haltung geprägt, die in weiten Teilen ein Spiegelbild des Zeitgeistes darstellt. Soweit nachprüfbar, weichen die von ihm genannten Zahlenangaben – etwa zu Truppenstärken oder beschlagnahmten Gebäuden – sowie Informationen zu Einzelereignissen aber nicht von anderen Quellen ab.
- Sanner, Lisa: „Als wäre das Ende der Welt da“. Die Explosionskatastrophen in der BASF 1921 und 1948. Veröffentlichungen des Stadtarchivs Ludwigshafen am Rhein, Band 42. Ludwigshafen am Rhein 2015.
- Scherer, Karl: Kaiserslautern – Bürger, Besatzer und Separatisten (1918-1924). In: Die Pfalz unter französischer Besatzung (1918/19-1930), Beiträge zur pfälzischen Geschichte, Band 15, Institut für pfälzische Geschichte und Volkskunde. Hg. von Wilhelm Kreutz und Karl Scherer. Kaiserslautern 1999. S. 349-420.
- Selbach, Hans-Ludwig: Katholische Kirche und französische Rheinlandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg. Schriften der Erzbischöflichen Diözesan- und Dombibliothek zur rheinischen Kirchen- und Landesgeschichte sowie zur Buch- und Bibliotheksgeschichte, Band 48. Köln 2013.
- Thalmann, Heinrich: Kommunale Verwaltung unter französischer Besatzung. Eine Denkschrift der Stadt Landau vom Juni 1926. In: Die Pfalz unter französischer Besatzung (1918/19-1930). Beiträge zur pfälzischen Geschichte, Band 15, Institut für pfälzische Geschichte und Volkskunde. Hg. von Wilhelm Kreutz und Karl Scherer. Kaiserslautern 1999. S. 333-348.
- Zerfaß, Günter (Hg.): Die Pfalz unter französischer Besatzung von 1918 bis 1930 – Kalendarische Darstellung der Ereignisse vom Einmarsch im November 1918 bis zur Räumung am 1. Juli 1930. 3. erw. Auflage. Koblenz 1996. Bemerkung: Der stellenweise tendenziöse Sprachstil der Chronik wurde aus der Erstauflage von 1930 übernommen.

Veröffentlicht am: 15.07.2020

Anmerkungen:

1. Selbach, Hans-Ludwig: Katholische Kirche und französische Rheinlandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg. Schriften der Erzbischöflichen Diözesan- und Dombibliothek zur rheinischen Kirchen- und Landesgeschichte sowie zur Buch- und Bibliotheksgeschichte, Band 48. Köln 2013. S. 150.
2. Leiling, Karl: Aus der Besatzungszeit in Speyer von Ende 1918 bis Mitte 1930. Speyer 1940. S. 11-12. Bemerkung: Leilings autobiografische Schilderungen sind stark von seiner antifranzösischen Haltung geprägt, die in weiten Teilen ein Spiegelbild des Zeitgeistes darstellt. Soweit nachprüfbar, weichen die von ihm genannten Zahlenangaben – etwa zu Truppenstärken oder beschlagnahmten Gebäuden – sowie Informationen zu Einzelereignissen aber nicht von anderen Quellen ab.
3. Belegstärke der Stadt Speyer mit Besatzungstruppen. Notiz an den Bürgermeister (ohne Datum, Eingang am 20. September 1919). StaSp, Bestand 006, lfd. Nr. 1470.
4. Eine Übersicht zu den zahlreichen im Sommer 1919 in der Domstadt stationierten Einheiten findet sich in einer Auflistung des Requisitionsamtes vom 28. Juli 1919. StaSp, Bestand 006, lfd. Nr. 1466.
5. Koller, Christian: Von Wilden aller Rassen niedergemetzelt, Stuttgart 2001. S. 324.
6. Leiling (wie Anm. 2), S. 74.
7. Für die Stadt Landau findet sich eine Übersicht zu den Maßnahmen bei: Thalmann, Heinrich: Kommunale Verwaltung unter französischer Besatzung. Eine Denkschrift der Stadt Landau vom Juni 1926. In: Die Pfalz unter französischer Besatzung (1918/19-1930). Beiträge zur pfälzischen Geschichte, Band 15, Institut für pfälzische Geschichte und Volkskunde. Hg. von Wilhelm Kreutz und Karl Scherer. Kaiserslautern 1999. S. 339-347.
8. Eger, Wolfgang: Speyerer Straßennamen. Ein Lexikon mit 32 Zeichnungen von Werner Braun. Speyer 1985. Ohne Seitenzahlen.

9. Briefentwurf des Bürgermeisteramtes Speyer an das Reichsschatzministerium, z. Hd. Herrn Staatssekretär Walther, vom April 1921 (die Angaben beziehen sich auf den Stichtag 1. April 1921). StaSp, Bestand 006, lfd. Nr. 1472.
10. Schreiben des Stadtbauamtes an das Bürgermeisteramt vom 20. Januar 1922. StaSp, Bestand 006, lfd. Nr. 1473.
11. Eine ausführliche Diskussion zum Versailler Vertrag und seinen Folgen findet sich in: Conze, Eckart: Die große Illusion. Versailles 1919 und die Neuordnung der Welt. München 2018.
12. Selbach (wie Anm. 1), S. 156-160.
13. Zerfaß, Günter (Hg.): Die Pfalz unter französischer Besatzung von 1918 bis 1930 – Kalendarische Darstellung der Ereignisse vom Einmarsch im November 1918 bis zur Räumung am 1. Juli 1930. 3. erw. Auflage. Koblenz 1996. S. 35. Bemerkung: Der stellenweise tendenziöse Sprachstil der Chronik wurde aus der Erstauflage von 1930 übernommen.
14. Jardin, Pierre: Tirard, de Metz und die Pfalz. In: Die Pfalz unter französischer Besatzung (1918/19-1930). Beiträge zur pfälzischen Geschichte, Band 15, Institut für pfälzische Geschichte und Volkskunde. Hg. von Wilhelm Kreutz und Karl Scherer. Kaiserslautern 1999. S. 146-147.
15. Jardin (wie Anm. 14), S. 150.
16. Scherer, Karl: Kaiserslautern – Bürger, Besatzer und Separatisten (1918-1924). In: Die Pfalz unter französischer Besatzung (1918/19-1930), Beiträge zur pfälzischen Geschichte, Band 15, Institut für pfälzische Geschichte und Volkskunde. Hg. von Wilhelm Kreutz und Karl Scherer. Kaiserslautern 1999. S. 367-375.
17. Einem undatierten anonymen Drohbriefentwurf entnommen. StaSp, Bestand 006, lfd. Nr. 1485.
18. Schreiben von Karl Leiling an Capitaine Louis Rive vom 3. Mai 1922. StaSp, Bestand 006, lfd. Nr. 1485.
19. Herr Professor und seine Million. In: Pfälzische Post Nr. 287 vom 10. Dezember 1920. StaSp, Bestand 006, lfd. Nr. 1485.
20. Sanner, Lisa: „Als wäre das Ende der Welt da“. Die Explosionskatastrophen in der BASF 1921 und 1948. Veröffentlichungen des Stadtarchivs Ludwigshafen am Rhein, Band 42. Ludwigshafen am Rhein 2015. S. 189-194.
21. Gräber, Gerhard und Spindler, Matthias: Die Pfalzbefreier. Volkes Zorn und Staatsgewalt im bewaffneten Kampf gegen den Pfälzischen Separatismus, Ludwigshafen am Rhein 2005. S. 41-48.
22. Ebd., S. 85-90.
23. Zitiert nach: Zerfaß (wie Anm. 13), S. 196.
24. Ebd., S. 161.
25. Leiling (wie Anm. 2), S. 313-343.
26. Zerfaß (wie Anm. 13), S. 292.
27. Leiling (wie Anm. 2), S. 274.
28. Ebd., S. 284.
29. Zerfaß (wie Anm. 13), S. 356-359.
30. Ebd., S. 362-363.
31. Ebd., S. 370.
32. Leiling (wie Anm. 2), S. 299.
33. Zerfaß (wie Anm. 13), S. 385-387.